



Pressemitteilung

Das Auswärtige Amt wird aufgefordert alles zu unternehmen um den bevorstehenden Abriss von Khan Al-Ahmar zu stoppen

Die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. erinnert daran, dass das besondere deutsche Verhältnis zu Israel nicht zwangsläufig zum Nachteil der palästinensischen Zivilbevölkerung führen darf.

Der Abriss des palästinensischen Beduinendorfes Khan al-Ahmar bei Jerusalem und die damit einhergehende Umsiedlung der etwa 170 Bewohner – darunter über 90 Kinder – scheinen unmittelbar bevorzustehen.

Die entsprechenden Vorkehrungen wie Abriegelung der Zufahrten und Aushändigung der Räumungsbefehle sowie Behinderung von Augenzeugen und Presse deuten auf eine baldige Vertreibung der Bewohner von Khan Al-Ahmar sowie Zerstörung der Wohnanlagen und der Dorfschule.

Der Abriss von Khan al-Ahmar würde die Grundlagen der Zwei-Staaten-Lösung nahezu unmöglich machen, da die vorgesehen Bebauung die palästinensischen Gebiete auf immer trennt.

Vor diesem Hintergrund muss die Bundesregierung in aller Deutlichkeit ihren Einfluss auf die israelische Regierung geltend machen, dass eine völkerrechtswidrige Umsiedlung der Bewohner von Khan Al-Ahmar nicht stattfindet und dass auf weitere Abrisse verzichtet wird.

Bad Iburg, den 17.7.2018

I.A.

Präsidium der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V.

Nazih Musharbash

Präsident